

Haushalt 2019 der Stadt Aalen
Gemeinderatsfraktion FDI
„Fraktion zur Durchsetzung des Informationsrechts“
Stand: 22.11.2018,
Prof. Dr. F. Klein und Dipl.-Kfm. N. Rehm

Es gilt das gesprochene Wort.

Sperrfrist bis Donnerstag, den 22.11.2017, 15:00 Uhr

Redeteil Prof. Klein:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Rentschler,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren von der Presse,
liebe anwesende Bürgerinnen und Bürger der Stadt Aalen!

1. Einschätzung der politischen Lage in der Welt, insbesondere in Deutschland

In Ihrer Rede zum Haushalt 2019 der Stadt Aalen loben Sie die Geschichte der 100 Jahre Demokratie in Deutschland. Für uns von überragender Bedeutung ist die liberale Grundordnung, von der alle Bürger profitieren und an der alle Bürger mitwirken können. Schwierigkeiten treten jedoch auf, und zwar immer dann, wenn der Staat, die Regierenden die Bürger überfordern. Dies waren nach dem ersten Weltkrieg mit über 6 Millionen Arbeitslosen die Folgekosten des 1. Weltkrieges. Die politischen Parteien damals haben ihre Egoismen über das Wohl des Staates gestellt. Die Mehrheit der Bevölkerung hat sich 1933 für den starken Mann entschieden, der uns in den Zweiten Weltkrieg geführt hat. Auf dem Boden der Demokratie wurde ein faschistisches System eingeführt. Die Ordnungsgewalt mit Polizei und Gerichtsbarkeit hat die Bürgerschaft bespitzelt, unter Pressionen gesetzt, politische Gegner verhaftet und umgebracht.

In der 68-er Generation sind Kräfte aufgetreten, die ebenfalls die Ordnung umstürzen wollten, unter anderem eskaliert bei der RAF, die starke Wurzeln auch in unserem Raum hatte, wie Christian Klar und Gudrun Ensslin, die in Esslingen aufgewachsen ist.

Heute fühlen sich viele Bürger überfordert durch die Migrationswelle. Viele Bürger sammeln sich in der AfD und nutzen für ihre oft Menschen verachtenden Forderungen die Möglichkeiten, die ihnen die Demokratie bietet.

In der Welt haben derzeit die politischen Kräfte die Oberhand, denen die Interessen des eigenen Landes Maßstab sind, USA, Brasilien, viele europäische Länder, schon immer China, Russland.

Welche Möglichkeiten bleiben uns derzeit in Deutschland, in Baden-Württemberg, in der Stadt Aalen? Nein, die Situation ist sehr angespannt und nicht rosig.

2. Die Herausforderungen für die Menschen in Deutschland

Es fehlen in Deutschland über 1 Million bezahlbare Wohnungen, in Aalen in den nächsten 5 Jahren 1500 bis 1600. Was tut die Stadt Aalen? Sie kauft Bauland, um dies zum 5-fachen Preis zu verkaufen. Hohe Bauplatzkosten machen es den privaten Bauherren, aber auch den Bauträgern nicht einfach, für sozial schwache Mitbürger bezahlbare Wohnungen zu schaffen.

Wir haben in Deutschland 2,45 Millionen Arbeitslose, die sich zum großen Teil den Anforderungen der Arbeitswelt nicht gewachsen fühlen und deshalb offene Arbeitsstellen nicht besetzen können.

Wir haben in Deutschland über 500.000 Bürger, die zum Teil hoffnungslos überschuldet sind, davon viele junge Menschen, die bis ins hohe Alter keine Chance haben, aus dieser Situation zu kommen. Die Wirtschaftslage in Deutschland ist sehr gut. Dennoch, die Konjunktur stockt. Die Wirtschaftsinstitute korrigieren das Wirtschaftswachstum ständig nach unten.

Deutschland hat nach wie vor weit über 2000 Milliarden Euro an Schulden. Bei ansteigenden Zinsen wird der Bundeshaushalt jährlich mit hohen Zinszahlungen belastet, die dann auch in den Kommunen zu erheblichen Mindereinnahmen führen.

Die Stadt Aalen hat mit den Stadtwerken und der Wohnungsbau Aalen zusammen 137 Millionen Euro Schulden, und sie wachsen nach Ihren Plänen, Herr Oberbürgermeister Rentschler, wieder an, ohne dass die Stadtwerke gestärkt werden, zum Beispiel dadurch, dass diese selbst an der Gewinnung von Energie mitwirken. Stadtwerke, die bei der Lieferung von Strom und Gas sich ausschließlich auf dem Markt versorgen, sind und bleiben abhängig.

3. Der Haushalt 2019

Die Haushaltsvorlage für 2019 ist auf der Einnahmenseite sehr optimistisch. Unter der stockenden Konjunktur gehen erfahrungsgemäß die Gewinne der Betriebe zurück und damit die Gewerbesteuer. Der Gewerbesteueransatz sollte daher von 42 Millionen Euro deutlich gesenkt werden. Dazu kommen Insolvenzen von Firmen, die den städtischen Haushalt, vor allem die Tochter SWA belasten. In unmittelbarer Nähe sind zur Zeit mehr Firmen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten, Investoren sind zum Teil unseriös.

Zu optimistisch erscheinen uns Ihre Ansätze für die Mittelzuweisungen von Bund und Land.

Auf der anderen Seite sollten unserer Meinung nach die Investitionen um circa 10 Millionen € von 51 auf 40 Millionen € gesenkt werden durch Streckung in 2020 hinein, teilweise können wir uns Investitionen wie den Steg mit über 5 Millionen in 2020 nicht leisten. Bei Mittelabfluss von 60 % für Investitionen, wie in 2017, wäre es ehrlich, den Investitionsansatz zu reduzieren.

Die Stadt gibt viel Geld aus in 2019, für die Generation über 60, 20 % der Aalener Bürger aber keinen Cent für dringend benötigte wohnortnahe Treffpunkte.

4. Personalkosten

Wir stimmen dem Stellenplan zu. Begleitend mit neuen Stellen sollte der bestehende Stellenplan jährlich geprüft werden, welche Stellen bedingt durch neue technische Möglichkeiten (Software) veränderliche Aufgaben teilweise oder ganz eingespart werden können.

Es kann nicht nur ein „Mehr“ geben, es muss auch in einigen Bereichen einen Minderbedarf geben (Einsparungen).

5. Folgekosten neuer Investitionen

5.1. Sie, Herr Oberbürgermeister berauschen sich an mehr und mehr Investitionen. Es fehlen jedoch Auflistungen zu den Folgekosten dieser Investitionen, zum Beispiel an Unterhalt, Energie, Reparaturen.

5.2. Die Zeit ist sehr gut, nicht aber rosig. Für Sie persönlich möge es wohl sein „en vie en rose“, wie es Edith Piaff, französische Chansonsängerin besang. Dies gönne ich Ihnen persönlich sehr gerne.

Für den Oberbürgermeister Rentschler gilt: Fürsorglich ist, die Einnahmenseite und Ausgabenseite nach unten zu korrigieren.

5.3. Es fehlen

- bezahlbare Wohnungen,
- Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose,
- saubere Luft (fließender Verkehr),
- speicherbare Energie beziehungsweise Energieträger,
- wohnortnahe Begegnungsstätten für ältere Menschen.

**Das Mitleid am Grabe hilft nicht mehr,
die Fürsorge im Leben dagegen sehr.**

6. Die Planungen der Verwaltung und deren Kosten sind oft undurchsichtig

- Radwegnetz
- Grundstückskäufe (allgemein) und Verkäufe (Verhandlungssache) – Koppelgeschäfte?
- Kindergarten, Beispiel Purzelbaum
- Verkauf städtischer Straßen (Röntgenstraße)
- Verkauf Areale /Stadtoval (1 Grundstück 20 €/m² weniger)
- Windkraftanlage Ohmenheim (?)

Herr Vorsitzender,

ich werde nur einige Schwerpunkte und Haushaltsgrundsätze streifen. 13 Anträge erhalten Sie schriftlich. Ich habe wenig Zeit und komme gleich zur Sache:

Sie verstoßen gegen die wichtigsten Haushaltsgrundsätze und die Grundregeln der Demokratie. Ein starkes **Gegengewicht** dazu ist die Gründung unserer Fraktion.

* Wir befinden uns in der Endphase einer Hochkonjunktur.

Die schwäbische Hausfrau mit Vorsorge und spare in der Zeit usw. ist aber **nicht so ihr Ding**. Sie handeln nur zyklisch - das ist fatal.

Schauen wir also mal in die Zukunft.

Politisch wirken heisst für mich: In der Zukunft einen besseren Zustand erreichen als in der Vergangenheit.

Wenn alle **investieren** wie die Weltmeister machen Sie das auch - und wollen sich ein Denkmal setzen:

Zu höchsten Preisen werden die höchsten kommunalen Investitionen vergeben - im harten Wettbewerb gegen die Privaten.

Die **Investitionen** steigen nach 47 Mio. auf 51 Mio. Sie nennen das Kontinuität, die Presse **einen Gang zurückschalten**.

Bei der **Personalversammlung** wurde gefragt: was passiert eigentlich mit einem Motor der schneller fahren soll und mehr leisten, wenn gleichzeitig ein Gang zurückgeschaltet wird? Die schwäbische Antwort lautet: Der Motor isch bald he.

Übrigens: Es war die einzige Frage - und die noch anonym gestellt. Aus

Angst vor Repressalien. Das ist Realität 2018 auf dem Aalener Rathaus.

Demokratie nach Gutsherrenart = System Rentschler.

Die nicht mehr gesetzeskonforme Zahl an Überstunden der

Verwaltungsmitarbeiter hat nicht nur mit der großen Aufgabenfülle zu tun. Hier werden unter großem Druck Arbeiten angeordnet, die nur eine einzige Person haben will. Und wenn das Ergebnis dem Chef nicht gefällt kommt alles in den Papierkorb - und es geht wieder von vorne los. So lange, bis das Ergebnis gefällt. (Antrag)

Viele Mitarbeiter haben eine massive Zahl an Überstunden.

Hier muss es Aufgabenkritik und organisatorische Änderungen geben.

Viele Stellen verschwinden im persönlichen Referat des OB. **Man darf aber das persönliche Referat nicht verwechseln mit persönlicher Verfügungsmasse des OB.**

Im Rathaus findet auch eine Abstimmung mit den Füßen statt. Wir müssen die höchste Zahl von Kündigungen in der Geschichte der Stadt feststellen. So viel zum Arbeitsklima.

*Mit den Grundsätzen der Wahrheit und Klarheit nehmen Sie es auch nicht genau: ein Haushaltsüberschuß von 20 Mio. in 2017 hat auch etwas mit falschen Ansätzen und "Luft" für die Verwaltung zu tun. Wenn dann der Abwicklungsgrad im Haushalt bei 60 % liegt hat das Werk jedenfalls nicht den Wert, der auf der Waage liegt. In der Medizin nennt man dies wohl **Phantomschmerz**. Also auch ein Verstoß..(Antrag)*

Das Gesamtsteueraufkommen ist auf Rekordniveau.

Sie hauen alles sofort wieder **raus - so als ob es kein Morgen geben würde**. Zusätzlich nehmen Sie auch noch Schulden auf.

Wenn das Gesamtsteueraufkommen nur auf den saldierten Durchschnitt der letzten 10 Jahre zurückfällt fehlen uns zu heute 15 Mio. jährlich.

** wenn wir auf den untersten Punkt zurückfallen - dann würden uns jährlich 54 Mio. fehlen.*

In Aalen träumt die Verwaltungsspitze den Traum von einem gigantischen Einwohnerzuwachs.

ABER:

Ob Phantasie oder Vision:

Bei den Einnahmen haben wir das **reale** Problem, dass diese einfach nicht da sind wenn sie ausbleiben. Fertig.

Umgekehrt ist es bei den Ausgaben:

* die Folgekosten steigen mit jeder Investition und haben das **Problem**: die bleiben da, auch wenn die Einnahmen schon weg sind.

In der Hochkonjunktur muss man die Stadt fit machen für die Zukunft - und für schlechte Zeiten. Sie machen alles **genau umgekehrt**.

*Wohnungsbau: * Der Erwerb von Grundstücken hat in 10 Jahren von 1,9 auf 8,2 Mio. zugenommen. Der Betrag hat sich also vervierfacht. Und richtig: ich sage es seit 50 Jahren hier in Aalen - die Grundstücksvorratspolitik ist zentraler Punkt für die Versorgung mit Wohnraum. Aber:*

Trotz Glitzer und Glamour haben wir große Wohnungsnot.
Kaufpreise und Mieten sind explodiert.

Fatal dabei ist: Um die neue Bundesförderung zu erhalten dürfen die **Baukosten 3000 €/qm** nicht überschreiten. Die städt. Baugesellschaft liegt im Stadtoval mit über 4.400 €/qm um 50 % über dieser Obergrenze.

Auch die Förderung ist schief gelaufen - und hat nur bei der Wohnungsbau zu Gewinnmaximierung geführt. Dort wird auch **gegen die Satzung verstoßen**.

Stadtwerke und Wohnungsbau müssen die Gewinne **wie gesetzl. vorgeschrieben** wieder an die Stadt abführen. Und der Gemeinderat muss über einen evtl. Zuschuss neu entscheiden. (**Antrag**).

Wir sprechen vom Neubau - und nicht vom Bestand: die städt. Wohnungsbau bietet Wohnungen für 10 €/qm an - und das auf verbilligten städt. Grundstücken ohne Konkurrenz.

** Und beim Kaufpreis kostet der Quadratmeter bei der städt. Wohnungsbau jetzt über 4.400 €/qm.*

Eine 3 Zimmer-Wohnung für eine Alleinerziehende mit einem Kind kostet bei der Wohnungsbau auf dem Stadtoval, alles in allem, gefördert mit Steuergeld, subventioniert durch Sanierungsmittel - jetzt bald schlappe 500.000 €. Dies alles ist ein Skandal.

Wie sollen sich sozial Schwache, kinderreiche Familien, junge Leute, die eine Familie gründen wollen, hier noch eine Wohnung leisten?

* **Unser Ziel ist** so viel wie möglich sozialer Mietwohnungsbau. **Jeder Mitbürger hat das Recht**, eine angemessene Wohnung zu haben.

Wir stellen **Anträge für eine neue Förderung.**

* **Steuergeld** das wir bereitstellen darf aber nicht nur der städt. Wohnungsbau einfach gegeben werden sondern muss für alle gewerblichen Anbieter ausgelobt werden. Für Firmen und Privatleute. Vielleicht können wir private Grundstücke oder Betriebsgrundstücke aktivieren. Vielleicht sollte eine Anmietung durch die Wohnungsbau überlegt werden.

Anträge: * *Wir beantragen nochmals, das sog. Aalener Modell angesichts der neuen Förderrichtlinien von Bund und Land zu überarbeiten.*

* *Jährliche Aufstellung -aller - Baugenehmigungen. (was wird gebaut, was geplant, auch Wohnungsgrößen, wie viele Sozialwohnungen).*

Auf diesem Feld kann die Stadt Aalen nicht glänzen. Einzelpunkte:

* Sie treten die Gemeindeordnung mit Füßen - und zwar so stark, dass jetzt **sogar ich** Beklagter beim Verwaltungsgericht bin. Eine völlig neue Erfahrung für mich.

- Geheimberatungen

- "Beschlüsse" in **Gremien, die gar nicht zuständig sind** - die Stadtwerke-Nummer wird Ihnen noch auf die Füße fallen.

Sie haben das **System der gestückelten Information** eingeführt: hier ein Stückelchen und dort ein Stückelchen.

Mündliche Berichte dienen dazu, dass der OB eine Latte von Terminen aufzählen kann -**wen** er angeblich **wann** informiert hat.

Aber: keiner weiß richtig Bescheid. So ist es auch bei den Schulden der Stadt. Sie sagen es **sind nur 25,9 Mio.** Die IHK sagt 132 Mio. €

Sie führen sich auf wie ein Alleinherrscher in einem totalitären Staat.

Sie peitschen einen Steg und einen Kulturbahnhof durch und es geht tatsächlich zu wie auf **KUBA** :

- Kosten von 10,5 bis 24,5 Mio.

- Ohne Parkplatz, ohne Außenanlagen usw. Die bekommen eine andere Kostenstelle. Damit ist auch die Grundlage für die Berechnung von Gebühren und Beiträgen **falsch.**

So werden die tatsächlichen Kosten einer Maßnahme verschleiert.

Die Begründung: **alles sei mit allem vernetzt.**

Dann können Sie die Kosten der Stadthallensanierung ja auch gleich bei den Kindergärten aufschreiben.

Wir stellen **verschiedene Anträge** zur Darstellung der Gesamtkosten KUBA, Steg, Stadtoval, notwendige Stellplätze usw.

Antrag: Darstellung der Gesamtkosten KUBA ohne Stückelung, mit Erschließung, Grundstück, Sanierung, Stellplätzen, Ablösegebühren, Nebenkosten usw. Einfach alles.

Gesamtkosten heisst: alles was für den Kulturbahnhof notwendig ist.

ANTRAG: * Stadtoval: Berechnung der notwendigen Stellplätze ohne und mit Steg vorlegen

* Offenlegung der Verkaufspreise und der sog. Stegumlage

* Laut erster Aussage erbringt die freiwillige Stegumlage 1 Mio., jetzt ist die Rede einmal von 620.000 und dann 680.000 €. Warum reduziert sich die Umlage auf 2/3 bei gleicher Grundstücksgröße?

Wir wollen den Gesamtbedarf an Kindergartenplätzen decken. ABER an der richtigen Stelle. Sie bauen Kindergärten dort, wo Sie irgend etwas anders durchsetzen wollen und es sonst nicht durchkriegen würden. Siehe Hofherrnweiler.

*(Antrag). Wir wollen **neu nachdenken**, auch über schnelle Lösungen und Container, Andocken an Bestand, über Bedarf, Prioritäten. Gefälligkeitskindergärten können wir uns nicht leisten.*

Das Umherkarren von Kindern zu Ihnen genehmen Vorhaben erzeugt zusätzlichen Verkehr.

* Wir müssen einen Prioritätenkatalog aufstellen, das wichtigste zuerst machen.

Sie berauschen sich an Schlagworten:

* attraktives Aalen und integrierte Stadtentwicklung - **Begriffe**, die bei Ihnen Ekstase auslösen-und der kürzeste Weg zur **kommunalen Selbstbefriedigung** sind.

Integrierte Stadtentwicklung - die **alten Griechen** habens schon gemacht. Die Orte hatten Funktionen und waren miteinander verbunden.

Die alten **Römer** waren auch nicht blöder.

Und wenn jetzt die Aalener Verwaltungsspitze **auch** auf den Trichter

kommt ist dies **weder neu noch innovativ - sondern höchste Zeit.**

Nur mit besonderen Kenntnissen im dialektischen Materialismus kann man Ihr Eigenlob in Sachen **Bürgerbeteiligung verstehen**. Angeblich haben Sie 25 verschiedene Formate angeboten. Kein Wunder, dass Sie da nicht mehr durchblicken.

*Bürgerinitiative Pelzwasen, BI Unterkochen, BI Röntgenstr., und dann noch BI Sauerbach - alle sind dabei.....

Aber: Das ist **gar keine Bürgerbeteiligung** sondern ein **Bürgerprotest gegen Sie, weil Sie KEINE Bürgerbeteiligung** machen.

Ähnlich verwirrt ist man nur wenn man **die Geschichte vom Feuerwehrmann hört**, der den Brand legt um dann als erster an der Brandstelle zu sein.

* Kommunalpolitik findet am **Ort der Kommune** statt. Für Außen- und **Entwicklungspolitik** ist jedoch der Bund zuständig.

Sie scheuen sich aber nicht, ein fragwürdiges und demokratisch nicht vereinbartes Engagement in Mosambik noch mit der Bekämpfung von Fluchtursachen zu begründen.

Dies, obwohl es in Deutschland gar keine Flüchtlinge aus Mosambik gibt. Und die Reisekosten lassen Sie sich vom Entwicklungsministerium bezahlen.

Schluss:

Zum Schluss noch ein Blick ins Lehrbuch der Genossen (Schiller und Schmidt) -

...irgendjemand muss hier ja mal sozialdemokratisches Gedankengut vortragen -

und ein Blick ins Gesetz: zum Thema

Konjunkturgerechtes Verhalten steht dort:

*Die Städte, Gemeinden und Landkreise **sind gesetzlich verpflichtet, den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Rechnung zu tragen.** In Zeiten einer Hochkonjunktur sollen sie sich bei kommunalen **Investitionen** zurückhalten, um im Falle einer Rezession verstärkt zu investieren und damit zur Preisstabilität, zum Wirtschaftswachstum, zur Verbesserung des Beschäftigungsstandes und zum Erhalt des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts **beizutragen.***
Allerdings hat die Sicherung der Aufgabenerfüllung Vorrang vor diesem Gebot zum antizyklischen Verhalten.

Und Sie **behaupten immer noch, dass es den Grundsatz gar nicht geben würde.**

Sie verstoßen gravierend gegen diese Verpflichtung. Ergebnis dieser Politik ist eine hohe Verschuldung mit Schwierigkeiten für unsere Nachfahren, wenn die Konjunktur mal so lange so schlecht ist - wie die jetzt gut war.

Wir können dem Haushalt so nicht zustimmen, weil wir sehen, dass wir ins offene konjunkturpolitische Messer laufen.

**Vielen Dank an alle Mitarbeiter der Stadt.
Vielen Dank an alle Bürger und Steuerzahler.**

Anträge der Fraktion zur Durchsetzung des Informationsrechts

Stand: 22.11.2018

Wir stellen folgende Anträge:

1. Bei Neuinvestitionen werden ab dem Jahr 2018 die einmaligen Folgekosten und die ständig jährlich wiederkehrenden Folgekosten (Energie, Personal, Unterhalt usw.) aufgelistet. Die Gesamtkosten der Immobilie (Lebenszyklus) sind aufzulisten. Die Folgekosten sind jährlich bei der Haushaltsplanberatung und für die Finanzplanung als Kostenblock darzustellen und laufend fortzuschreiben.
2. In den Haushaltsplänen werden die Dienstleistungen von Kommune und Rechnungsprüfungsamt für
 - die städtischen Ämter,
 - die Stadtwerke Aalen,
 - die Wohnungsbau Aalen,
 - und sonstigeaufgelistet.
3. Die Gesamtverschuldung der Stadt Aalen wird in den Haushaltsberatungen dargestellt und beraten.
4. Die Stadtverwaltung arbeitet einen Plan für wohnortnahe Treffpunkte, vor allem für ältere Menschen aus und schreibt den Plan jährlich fort.
5. a) Aufgabenkritik: Untersuchung der Überstunden - warum angefallen, wie ist es dazu gekommen, welche Tätigkeiten sind notwendig und wo sind organisatorische Änderungen notwendig.
b) Aufgabenkritik generell: Jährliche Überprüfung der Aufgaben, Überprüfung ob eine bessere/effektivere Aufgabenerledigung möglich ist (Optimierung). Darlegung und Diskussion jährlich im Rahmen und als Teil des Haushaltsplans.
6. Entsprechend der gesetzl. Vorgabe müssen alle städtischen Beteiligungen die Gewinne jährlich an die Stadt abführen. Werden bei den städtischen Beteiligungen Finanzmittel benötigt müssen Anträge gestellt und vom Gemeinderat genehmigt werden. Eine "Selbstbedienung" der Töchter ohne Beschluss des Gemeinderats ist unzulässig.
7. Die von der Stadt bereit gestellten Fördermittel zum Bau von Sozialwohnungen werden allgemein ausgelobt (ausgeschrieben). Erhalten sollen die Förderungen diejenigen, die mit dieser Förderung die meisten Sozialwohnungen bauen. Bewerben können sich alle Bauträger, Privatleute, Firmen usw. Gefördert können auch Eigentümer werden, die eigene Grundstücke anbieten und mit Sozialwohnungen bebauen. So können möglicherweise bisher brach liegende Baugrundstücke aktiviert werden.

(Siehe auch Bewerber für städt. Grundstücke die bereit sind 50 % oder mehr Sozialmietwohnungen im Gebäude zu schaffen - ohne Förderung und ohne Nachlass beim Grundstück wie bei der Wohnungsbau.)

8. Wir beantragen nochmals, das sog. Aalener Modell angesichts der neuen Förderrichtlinien von Bund und Land zu überarbeiten.
9. Wie mit einem Fraktionsantrag schon dargelegt, im Gemeinderat aber nicht behandelt, wollen wir die Aalener Wohnungsbau GmbH als Instrument der Stadt zur Versorgung der Bevölkerung mit adäquatem Wohnraum einsetzen - so wie dies in der Satzung verlangt wird.
 - a) Nicht dem Gesellschaftszweck entsprechende Gewerbeobjekte und Kapitalanlagen sollen verkauft werden und die Mittel zum Bau von Sozialwohnungen = entsprechend dem Gesellschaftszweck - eingesetzt werden.
 - b) Unser Ziel ist einmal dem Gesellschaftszweck zu entsprechen und eine gravierende Erhöhung des Bestandes an neuen Sozialmietwohnungen zu erreichen.
10. Jährliche Aufstellung -aller - Baugenehmigungen (was wird gebaut, was geplant, auch Wohnungsgrößen, wie viele Sozialwohnungen).
11. Grundstückspreise und Kalkulationen sind offen zu legen. Die gilt für den Einkauf der Grundstücke als auch für den Verkauf.
In Sachen städt. Grundstückspolitik ist eine Debatte im Gemeinderat anzusetzen. Die künftigen Preise und Schwerpunkte sind neu zu diskutieren und festzulegen.
12. Darstellung der Gesamtverschuldung des Konzerns Stadt. Jährliche Fortschreibung als Teil des Haushaltsplan und in der Prognose für jedes Jahr der mittelfristigen Gesamtplanung.
13. Suche nach Maßnahmen, den Grundsätzen nach Haushaltswahrheit und Klarheit besser gerecht zu werden. 60 % Haushaltsabwicklung sind viel zu wenig. Kostenberechnungen und Schätzungen für Haushaltsansätze sind oft viel zu ungenau, möglicherweise werden die Ansätze auch als Strategie zu hoch angesetzt. Beispiel: Kostenunterschreitungen beim Kulturbahnhof bei Vergaben im Nov. 2018.

